

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abonnementspreis: Die 10 gepaltene Millimeterzeile...

Mittwoch, 22. Oktober 1924

Abonnementspreis: Bei wöchentlich 6 maligen Erscheinen...

Der Zweck der Reichstagsauflösung: Kampf gegen die KPD! Höllein verhaftet - Haftbefehle gegen die gesamte KPD-Zentrale.

Nachdem alle Parteien wochenlang um die Regierungssessel...

Die Regierungsbildung gab hierzu nur den Vorwand...

Die deutschnationale Reichstagsfraktion wendet sich in einer Rundgebung...

Kampf gegen Marxisten, Ausschluß der KPD von der Regierung...

Die deutsche Volkspartei lehnt sich in ihrer Erklärung vollkommen an die Deutschen nationalen an...

Das Zentrum, das vor einigen Tagen in seinem Zentralorgan...

Die Deutsche Demokraten diese Hauptstützen der Republik...

Die grundsätzliche Schwächung der Kommunisten und der deutschnationalen Partei...

Die Erwähnung der deutschnationalen ist nur eitel Wahl-demagogie...

Wir haben nie grundsätzlich auf dem Standpunkt gestanden...

Das heißt die Parteien der sogenannten Mitte...

Die Reichsregierung gibt die Wahlparole heraus:

Die Republik - die Monarchie, die Freiheit - der Krieg!

Das heißt größte Koalition von den deutschnationalen bis zur KPD...

Die Sozialdemokratie gibt die Wahlparole heraus:

Die Republik - die Monarchie, die Freiheit - der Krieg!

Das heißt größte Koalition von den deutschnationalen bis zur KPD...

Der imperialistische Kampf gegen Sun Yat Sen.

Die Hauptfront der Imperialisten im chinesischen Bürgerkrieg...

geborenen Viertel zerstört, die Häuser der Fremden blieben...

Der imperialistische Kampf gegen Sun Yat Sen.

geborenen Viertel zerstört, die Häuser der Fremden blieben...

Nicht: Arbeiter heraus! Nicht: Wertlätige heraus!

Sondern: Republikaner vor die Front!

Das ist der Schlußruf der KPD. Wer sind die „Republikaner“?

Der Wahlkampf wird unter dem Zeichen des härtesten Terrors...

Verhaftung des Genossen Höllein

Aufhebung der Immunität der Abgeordneten der K. P. D. Zentrale.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Die Bourgeoisie hat den Willen der KPD sofort befolgt.

Gewaltige Ausdehnung der Arbeiterlämpfe.

Magdeburg, 21. Oktober Die Gemeindearbeiter in Magdeburg...

Die Ursache des Unruhes ist in den schon seit Wochen anhaltenden...

Erst am 21. Oktober. Die städtischen Arbeiter streiken...

Halle, 21. Oktober. Nach dem Scheitern der Lohnverhandlungen...

Die Opposition gegen den Justizterror wächst.

Die deutsche Justizschmach hat sich unerhörte Formen angenommen...

Die englischen Sozialdemokraten sollen sich vor Augen halten...

Sieg der Kommunisten in der Tschechei.

Im tschechischen Kohlenbergbau fanden gestern die Betriebsratwahlen...

Die Sympathien zu der kommunistischen Partei wachsen in allen Ländern.

Faschistische Gewerkschaft für den Streik.

In Turin sind die Metallarbeiter in den Streik getreten...

Die Sozialdemokraten lassen Schupps gegen Streikende auffahren.

Der Betriebsrat der ausgesperrten Zurlinden-Belegeschäft...

Die Sozialdemokraten schützen also ihre Unternehmer und lassen die Arbeiter...

Nicht kommunistische Labour-Kandidaten.

Am englischen Wahlkampf nehmen acht kommunistische Kandidaten teil...

Am englischen Wahlkampf nehmen acht kommunistische Kandidaten teil...

Am englischen Wahlkampf nehmen acht kommunistische Kandidaten teil...

Am englischen Wahlkampf nehmen acht kommunistische Kandidaten teil...

Am englischen Wahlkampf nehmen acht kommunistische Kandidaten teil...

Am englischen Wahlkampf nehmen acht kommunistische Kandidaten teil...

Am englischen Wahlkampf nehmen acht kommunistische Kandidaten teil...

Am englischen Wahlkampf nehmen acht kommunistische Kandidaten teil...

Am englischen Wahlkampf nehmen acht kommunistische Kandidaten teil...

Wirtschaftliche Rundschau

Um den deutsch-französischen Trust.

Die Schwierigkeiten des größeren Frankreichs.*)

K. M. Bei den bevorstehenden Verhandlungen um den deutsch-französischen Handelsvertrag treten wieder einmal die Probleme stark hervor, die die Politik Frankreichs gegenüber Deutschland schon seit dem Krieg wesentlich bestimmt haben: die Frage der Brennstoffversorgung und die der Absatzmöglichkeit für die elsass-lothringische Waren.

Schon vor dem Krieg besaß Frankreich eine bedeutende Eisenindustrie. Die Angliederung Lothringens und dann des Saargebietes hat die Produktionsfähigkeit Frankreichs in bezug auf Eisenerz, Roheisen und Rohstahl noch ungeheuer erweitert. Sie stieg von ungefähr 22 Millionen Tonnen Eisenerz, 5 Millionen Tonnen Roheisen und 4,5 Millionen Tonnen Stahl auf ungefähr 33 Millionen Tonnen Eisenerz, 11 Millionen Tonnen Roheisen und 10 Millionen Tonnen Stahl.

Im einzelnen ergibt sich dies aus der nachfolgenden Aufstellung. Die Produktion betrug nach dem Stand von 1913 (in 1000 Tonnen):

	Frankreich 1913	Lothringen	Saargebiet	Insgesamt
Rohstoffe:				
Eisenerz	21 919	21 135	—	43 054
Steinkohle	40 129	3 795	13 218	57 142
Koks	4 027	91	1 900	6 018
Halbfabrikate:				
Roheisen	5 207	3 870	1 371	10 448 ¹⁾
Rohstahl	4 686	2 286	2 079	9 051 ²⁾
Fertigfabrikate:				
Eisen	406	—	—	406
Stahl	3 186	2 027	1 652	6 865

Die tatsächliche Roheisenerzeugung Lothringens machte in den Jahren 1919 bis 1922 zwischen 40 bis 46 Prozent, die tatsächliche Rohstahlerzeugung zwischen 36 bis 39 Prozent der gesamten französischen Roheisen- bzw. Rohstahlerzeugung aus.

Vor dem Krieg hatte Frankreich ein Kohlendefizit von ungefähr 3 Millionen Tonnen Koks jährlich, der jetzt Einfuhrbedarf macht bei vollbeschäftigter Eisenindustrie mindestens 7 Millionen Tonnen aus. Die lothringische Industrie bekam früher die nötigen Kohlenmengen von Westfalen. Woher sollen nun, nachdem Lothringen und Westfalen voneinander losgerissen sind, die Kohlenmengen bezogen werden? Die so entstehende Frage der Brennstoffversorgung ist eine Lebensfrage der französischen Eisenindustrie.

Hinzu kommt das Problem des Absatzes für die vermehrte Produktion. Schon vor dem Weltkrieg mußten Roheisen und Halbfabrikate aus Frankreich ausgeführt werden, da die französische Fertigindustrie nur schwach entwickelt war. Zwar wurde diese im Krieg stark ausgebaut, aber sie ist bei weitem nicht fähig, die vermehrte Produktionsmenge aufzunehmen, besonders da die Produktionsfähigkeit gerade jener Industrien stark erweitert wurde, die schon vor dem Krieg exportieren mußten. Nach einem Bericht des Comité des Forges de France vom Jahre 1923 macht der Inlandsverbrauch höchstens 60 Prozent der Produktionsfähigkeit der französischen Eisenindustrie aus. Wohin sollen nun also die Erzeugnisse der nun angegliederten lothringischen Eisenindustrie gehen, die von ihrem Hauptabsatzgebiet, Süd- und Westdeutschland mit seiner entwickelten Fertigindustrie, getrennt wurde? Die Absatzfrage wurde somit zu einem zweiten wichtigen Problem der französischen Eisenindustrie.

Ähnlich sieht es mit der Textilindustrie. Durch die Einverleibung von Elsaß-Lothringen ist Frankreich zu einem der ersten Textilländer geworden. Im Jahre 1914 besaß die französische Baumwollindustrie 7,4 Millionen Spindeln und 108 000 Webstühle. Durch den Erwerb von Elsaß vermehrte sich diese Zahl um mehr als 1 796 000 Spindeln und 25 258 Webstühle. Im Juli 1924 betrug nach dem „Journal Industriel“ die Zahl der beschäftigten Spindeln 10 339 000, die Zahl der beschäftigten Webstühle 182 000 und die Zahl der Handwebstühle 27 800. Danach hätte sich also die maschinelle Einrichtung der französischen Textilindustrie gegenüber der Vorkriegszeit in bezug auf Spindeln um 25 Prozent, in bezug auf Webstühle um 18 Prozent vergrößert.

Die französische Textilindustrie arbeitete schon vor dem Krieg zum großen Teil für den Export, und die Gesamtausfuhr Frankreichs vom Jahre 1913 baute sich zu 31,9 Prozent auf der Textilwarenausfuhr auf. Natürlich mußte für die erweiterte Industrie die Frage der Absatzmöglichkeit akut werden.

Das Comité des Forges, der wahre Herr Frankreichs.

Diese Probleme wurden schon bei Beginn und während des Krieges in Frankreich lebhaft diskutiert, da man, um vorzubeugen mit dem Sieg und der Angliederung Elsaß-Lothringens rechnete. Damals war es das Comité des Forges de France, welches bestimmte Vorschläge zur Lösung dieser Fragen machte, deren Verwirklichung es auch durchsetzte. Bei dieser Gelegenheit muß einiges über dieses mächtigste Unternehmer-syndikat in Frankreich gesagt werden.

Bei seiner Gründung im Jahre 1864 hatte es ungefähr 30 Prozent der französischen Hochöfen. Als Aufgabe hatte es sich gesetzt, die die Eisenindustrie betreffenden Fragen zu untersuchen, die Verhandlungen der Mitglieder zu regeln und mit der Regierung in Verbindung zu treten.

Eine Krise innerhalb des Verbandes führte zur Reorganisation des Comité, das damals im Jahre 1885 schon ungefähr drei Viertel der französischen Eisenindustrie umfaßte. Die wichtigsten repräsentativen Aufgaben wurden eigenen, nach außen hin selbständigen Abteilungsstellen, den sogenannten Comptoirs, übertragen, die der Krise des Jahres 1920 dann zum Opfer fielen. Alle Bestellungen für den inneren Markt gingen über diese Comptoirs, die sie nach einem be-

stimmten Schlüssel auf ihre Mitglieder verteilten. Das Comité selbst beschränkte sich darauf, die Arbeiterfragen zu regeln und bei der Regierung die Interessen der Eisenindustrie durchzusetzen.

Doch erwies sich das Comité in der Folgezeit noch nicht als stark genug, um zu verhindern, daß einzelne Industrien (Kriegsindustrie, Eisenbahnindustrie u. a.) außerhalb des Verbandes eigene Syndikate bildeten (in den 90er Jahren).

Im Jahre 1900 schlossen sich diese Syndikate der Eisenindustrie zur Union des Industries Métallurgiques zusammen, der auch das Comité des Forges als ältestes Mitglied angehört. In Wahrheit hat das Comité die absolute Oberleitung in der Union, was auch dadurch organisatorisch zum Ausdruck kommt, daß dem Generalsekretär der Union ein Délégué général in der Person des Vizepräsidenten des Comité (Robert Pinot) übergeordnet ist. Zwischen der Union und dem Comité besteht eine Arbeitsteilung: die Union verhandelt mit den Arbeitern (entspricht den deutschen Arbeitgeberverbänden), das Comité beschäftigt sich mit den übrigen politischen und wirtschaftlichen Problemen.

Inzwischen hat sich der Einfluß des Comité's ungeheuer erweitert. Organisatorisch ausgehend vom Rohstoff, von der Zusammenfassung der Hüttenindustrie, hat es beherrschenden Einfluß auch auf die Fertigindustrie gewonnen, die es kontrolliert. Da die meisten Mitglieder des Comité's dazu noch Aufsichtsräte anderer Unternehmungen (Banken, Eisenbahnen usw.) sind, beherrscht es faktisch die ganze französische Wirtschaft. Die Politik Frankreichs wird wesentlich von ihm gemacht — die Poincaré-Regierung war unmittelbar die Beauftragte des Comité's. Im übrigen wird gesagt, daß in der letzten Kammer 250 Abgeordnete direkt oder indirekt vom Comité abhängen.

Das Comité sorgt für die befreiten Provinzen.

Wie weit sein politischer Einfluß geht, zeigt sich daran, daß die Vorschläge, die das Comité zur Lösung der unter I angeführten Probleme schon bei Beginn des Krieges und während seines Verlaufs machte, auch restlos durchgeführt wurden.

Im Jahre 1917 (!!) schrieb Herr Robert Pinot, der Vizepräsident des Comité's, eine Broschüre: „Die Eisenindustrie nach dem Krieg.“ In dieser schlug er zur Lösung der Brennstofffrage vor:

1. das Saargebiet an Frankreich anzugliedern um der Saarkohle willen;
2. Deutschland zu zwingen, die der französischen Industrie fehlenden Kohlen- und Koks mengen als Wiedergutmachungsentschädigung zu liefern.

Wie bekannt, setzten dies die Regierungen zwei Jahre später im Auftrage des Großkapitals durch den Versailler Vertrag fest.

Auch für die Lösung der Absatzfrage wußte Herr Pinot Rat. Im Jahre 1915 (!!) trat er in der Senatskommission dafür ein, in den Friedensvertrag eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die elsass-lothringischen Waren fünf Jahre lang zollfrei nach Deutschland eingeführt werden können. Der Artikel 265 des Vertrags bestimmte auch so auf Befehl der französischen Schwereindustrie.

In der Tat ist die gute Konjunktur der französischen Textilindustrie im ersten Halbjahr 1924 zum guten Teil auf diese Bestimmung zurückzuführen.

Daß die französischen Kapitalisten selbst sich das Recht vorbehalten (und es auch ausübten), sich durch außerordentlich hohe Zölle gegen die deutsche Konkurrenz zu schützen, versteht sich.

Die Ruhrbesetzung als Ausweg.

Obwohl so der Versailler Vertrag die Alleinherrschaft Frankreichs über Deutschland sicherte, erwiesen sich die oben angeführten Schwierigkeiten der französischen Industrie als nicht gelöst.

Die Brennstoffpolitik Frankreichs (d. h. des Comité des Forges) trachte die Abhängigkeit der französischen Eisenindustrie vom westfälischen Koks klar zum Ausdruck. Deutlich erwies sich dies bei der Ruhrbesetzung, wo infolge des Anschießens der deutschen Kohlenlieferungen (positiver Widerstand) ein sehr großer Teil der französischen Hochöfen gedämpft werden mußte, auch dann noch, als die Maas-Kohle nach Frankreich abtransportiert ließ.

Aber ganz abgesehen von dieser Zeit der Ruhrbesetzung waren auch sonst die Kohlenlieferungen nicht ausreichend, um den Bedarf der Eisenindustrie — gute Beschäftigung vorausgesetzt — zu decken. Diese mußte vielmehr besonders der englischen Markt in Anspruch nehmen, obwohl ihr daran gelegen war, durch den Bezug billiger Reparationskohle die Konkurrenz auf den Weltmarkt zu schlagen.

Ebenso wenig war praktisch die Absatzfrage gelöst. Die Gestaltung der Preise auf dem deutschen Markt machte eine Ausnutzung der zollfreien Einfuhr meist unmöglich, so daß die Erzeugnisse der lothringischen Industrie zum größten Teil auf dem französischen Markt untergebracht werden mußten. Die sich so ergebenden Schwierigkeiten führten mit zu der Krise des Jahres 1920 und zu der fast immer ungelösten Lage der französischen Eisen- und Stahlindustrie.

Dabei ist zu bedenken, daß die Unterbringung auch nur eines Teils der lothringischen Erzeugnisse auf dem französischen Markt nur möglich war, weil die im Norden Frankreichs zerstörten Werke erst allmählich wieder in Betrieb gesetzt wurden.

Aus diesen Schwierigkeiten gab es zwei mögliche Auswege: der erste war der Weg der unmittelbaren Vereinbarung zwischen den lothringischen Eisen- und den westfälischen Kohlenbetreibern (Kartellierung). Aber die dann abzielenden Verhandlungen im Herbst 1922 zwischen der Rhon-Elbe-Union einerseits und dem Comité des Forges und der Bank de Paris et des Pays-Bas andererseits verliefen ergebnislos.

Auf eine andere Weise sollte die Ruhrbesetzung die Frage lösen. Das Comité des Forges legte seine Hand auf die Ruhrkohle, um sich so billiges Brennmaterial zu beschaffen. Auf der anderen Seite sollte durch Niederhaltung der deutschen Eisenindustrie der beste Konkurrenzverzicht und Absatz für die eigenen Werke geschaffen werden.

Diese Politik scheiterte an der ökonomischen Schwäche Frankreichs. Der Franc sank und wurde dann mit Hilfe englischen und amerikanischen Kapitals gestützt unter der Bedingung, daß Frankreich das Sachverständigen Gutachten annehme, d. h. das Vorrecht auf die alleinige Ausbeutung Deutschlands aufgibt.

Auf dem Weg zum deutsch-französischen Trust.

Heute, wo die Verhandlungen um den Abschluß eines Handelsvertrages bevorstehen, verlangen diese Probleme für die französische Industrie erneut eine Lösung.

Zwar sieht der Dawes-Plan Kohlenlieferungen für Frankreich vor; aber es werden sicherlich nicht solche Mengen geliefert werden können, wie sie die französische Industrie braucht, besonders deshalb nicht, weil aus der Kasse des Generalagenten durch die 26prozentige Exportabgabe sehr erhebliche Summen vorweggenommen sind.

Außerdem ist die Abhängigkeit der französischen Eisenindustrie vom westfälischen Koks so stark, daß ihr das System der Lieferungen auf die Dauer nicht als ausreichende Sicherheit für die Brennstoffversorgung gelten kann.

In erster Linie aber sieht sich die französische Industrie der schweren Gefahr einer ungeheuren Absatzkrise ausgesetzt. Denn die Bestimmung des Versailler Vertrages, der die zollfreie Einfuhr nach Deutschland festlegt, tritt mit dem 10. Januar 1925 außer Kraft. Die französischen Blätter schreiben ganz offen, daß insbesondere die elsass-lothringische Textil- und Eisenindustrie vor dem Ruin stehe, wenn es dem Großkapital nicht gelänge, sich den deutschen Markt zu sichern. Im „Matin“ fordert dementsprechend der lothringische Großindustrielle de Wendel die Verlängerung der zollfreien Einfuhr der elsass-lothringischen Waren nach Deutschland und darüber hinaus als Bestandteil des Handelsvertrages die Beteiligung der französischen Schwereindustrie am Ruhrbergbau, die Schaffung eines französisch-deutsch-belgischen Produktionskartells. Dessen Aufgabe wäre es, den regelmäßigen Austausch von Eisenerz und Koks sicherzustellen, die Produktion zu kontingentieren und die Neuanlage von Hochofenwerken in Deutschland zu verhindern. (Die letzte Bestimmung spielte schon bei den Verhandlungen im Herbst 1922 eine Rolle.)

Druckmittel zur Erreichung dieser Ziele in der Hand der französischen Kapitalisten sind insbesondere die Ruhrbesetzung und die 26prozentige Exportabgabe.

Dieser Handelsvertrag wird im Kampf der kapitalistischen und imperialistischen Mächte eine große Rolle spielen. Dabei geht es zunächst im Streit der deutschen und der französischen Kapitalisten um die Beteiligungsquoten, die Verwirklichung des großen kontinental-europäischen Blocks der Kohle- und Eisenmagnaten ist ein Moment im ungeheuren imperialistischen Gegensatz zwischen England und Frankreich, der dadurch maßlos verschärft wird.

Starker Produktionsrückgang in der englischen Stahlindustrie.

Die Aussichten auf dem englischen Eisen- und Stahlmarkt haben sich, wie mehrfach gemeldet, weiter verschlechtert. Obwohl die Erzeugung stark eingeschränkt worden ist, glaubt man, daß dies in noch größerem Maße zu geschehen haben wird. Durch die Einfuhr billigen Roheisens wird die Lage der englischen Erzeuger erschwert. Die Vorräte an Hämatit sind, wie „Der deutsche Handelsdienst“ berichtet, sehr umfangreich. In der Stahlindustrie laufen wenig Aufträge ein. Im August ist die Erzeugung auf 527 500 Tonnen und damit um 161 000 Tonnen gegen den Juli zurückgegangen.

Je stärker die Krise im eigenen Lande, desto stärker auch das Streben des englischen Imperialismus, die Bildung eines deutsch-französischen Konkurrenztrists zu verhindern — wenn nötig, vermittelt eines neuen imperialistischen Krieges.

Die „Times“ empfehlen die Dawes-Anleihe

Die „Times“ (das führende Blatt der englischen Bourgeoisie) bezeichnen in einem empfehlenden Aufsatz die Dawes-Anleihe als den wichtigsten Versuch zur Wiederherstellung gesunder Währungsverhältnisse und brauchbarer finanzieller Bedingungen auf dem Kontinent. Von besonderer Wichtigkeit vom englischen Standpunkt aus gesehen wäre die Beendigung der Inflation Konkurrenz und die Beschränkung des deutschen industriellen Wettbewerbs, da Deutschlands Industrie und Handel nach fünf Jahren 125 Millionen Pfund Steuern zu tragen hätten. Damit würde unter Umständen eine Verminderung der englischen Steuerlasten erreicht werden können. Deutschland dagegen würde gezwungen sein, sein Preisniveau zu heben, und infolgedessen würde die Wirkung des Dawes-Berichts in der Verminderung der deutschen Konkurrenzfähigkeit bestehen.

Die englische Bourgeoisie versteht besser als irgend ein deutscher Soldschreiber, wozu der Sklavenpakt gut ist.

Die Krise der oberschlesischen Montanindustrie

hät diesseits und jenseits der deutsch-polnischen Grenze verschärft zu. Hier einige Meldungen aus der oberschlesischen Industrie: Die Kohlenförderung ist im August gegenüber dem Vormonat um 1 005 443 Tonnen zurückgegangen, nachdem sie im Juli gegenüber dem Mai bereits eine Fördererhöhung von 626 263 Tonnen zu verzeichnen hatte. Dabei sind noch zu beachten die Halben überfüllt. Der Absatz der Kohle ist schon seit langem zur Einfuhr zahlreicher Feinabfälle gekehrt hat, bringt immer wieder von neuem Arbeiterentlassungen mit sich. Stille Gruben wurden überhaupt geschlossen.

Der Roheisenbedarf ist so gering, daß von den 21 Hochöfen nur noch sechs im Feuer stehen.

Infolge des Lieferverzuges von der Ruhr sind die zu zwei-schichtigen Arbeit werden. Die wichtigste Aufgabe der Arbeiter angeht, die zum großen Teil zur Veranschaulichung gezwungen sind. Bei der bevorstehenden Verhandlung über die Lohn so weit unter Gas Entlassungen zu vermeiden, daß die Arbeiterfamilien keinen Ausweg aus der grenzenlosen Not mehr wissen.

*) Zahlenangaben aus der „Wirtschaftswoche“ Nr. 33, 37, 39 und „Wirtschaftliche Rundschau“ aus dem Reichsblatt Nr. 32.

1) Dazu kommen 500 000 Tonnen, die in den während des Krieges zerstörten Hochöfen erzeugt werden können.

2) Dazu kommen 600 000 Tonnen, die in den während des Krieges errichteten Stahlwerken produziert werden können.

Der ADGB-Bundesvorstand misachtet die Beschlüsse des eigenen Gewerkschaftskongresses.

Seitdem Der Bundesvorstand des ADGB droht dem Gothaer Ortsauschuss mit dem Ausschluss, weil er seinen Namen für einen Aufruf an die Arbeiterschaft gegeben hat, der zum Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen...

Der 11. Gewerkschaftskongress protestiert aufs Schärfste gegen die unerhörten Urteile der Klassenjustiz der deutschen Republik gegen revolutionäre Arbeiter. Er ist aufs tiefste empört... über die massenhafte Unterdrückung revolutionärer Arbeiter durch die Sondergerichte...

Wenn auch der Vorstand des ADGB, nach sechsmonatigem Wüten der Sondergerichte erreicht hat, daß Jugendliche den Klauen der Sondergerichtsbeulen entlassen wurden... so hat doch der Bundesvorstand nichts getan um dieser aller Kultur hochachtungsvollen Justizmacht ein Ende zu machen...

Der Kongress verlangt die sofortige Freilassung aller der Arbeiterklasse angehörenden Gefangenen und eine umfassende Amnestie für alle politischen und damit zusammenhängende Verbrechen und Vergehen. Er fordert den Bundesvorstand und alle Gewerkschaften auf, alle Mittel anzuwenden, um den politischen Inhaftierten und allen verfolgten Klassengenossen die Freiheit zu erkämpfen.

Die hier zitierten Sätze aus der mit Mehrheit angenommenen Resolution des Leipziger Gewerkschaftskongresses betreffen, daß die dort anwesenden Gewerkschaftsvertreter es als proletarische Pflicht der Gewerkschaften ansehen, alle ihre Kräfte einzusetzen um die proletarischen Freiheitskämpfer vor der Klassenjustiz der Bourgeoisie zu schützen. Mit dieser Resolution verurteilte der Kongress die Passivität des Bundesvorstandes andas gerade in dieser wichtigen Frage der Arbeiterklasse.

Wenn der Bundesvorstand also heute dem Gothaer Gewerkschaftsausschuss erklärt, daß es sich mit seinen Forderungen außerhalb der Gewerkschaften stellt, dann verleiht der Bundesvorstand den klaren Worten der Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses. Umgekehrt steht das Vorgehen der Gothaer Gewerkschaften in vollem Einklang mit diesen Beschlüssen, handelt sie nur in Ausführung dessen, was selbst der Leipziger Gewerkschaftskongress als oberste Pflicht der Gewerkschaften gebietet hat. Die Arbeiterschaft erkennt daraus, daß der Bundesvorstand es ist, der die Grundzüge der Gewerkschaften völlig aufgegeben hat und zu einem willigen Werkzeug der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterschaft geworden ist. Die Arbeiterschaft muß dafür sorgen, daß alle Organe der freien Gewerkschaften dem Beispiel des Ortsauschusses Gotha folgen und ihre einfachste proletarische Pflicht erfüllen, und sich in den Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen, gegen die Klassenjustiz, den Sondergerichtshof zum Schutze der Republik, einreihen.

Teilnehmer am Reichsarbeiterkongress in Eisenach!

Es wird erwartet, daß sämtliche Genossen, die wegen der Teilnahme am Reichsarbeiterkongress Strafbefehle erhalten haben, wegen dieser Strafbefehle unverzüglich Einspruch erheben und gerichtliche Entscheidung beantragen. Die Genossen werden ersucht, eine Vollmacht für die Verteidigung sofort an den Landtagsabgeordneten Genossen Menzel, Berlin, Preussischer Landtag, Zimmer 17a, einzusenden. Die Bezirksleitungen werden ersucht, die notwendigen Schritte zu veranlassen.

Unterstützung der ausgepörrten Bauarbeiter durch die FAH.

Die Ortsgruppe Bochum der FAH hat an die ausgepörrten Bauarbeiter für circa 4000 Mark Lebensmittel verteilt. Im Verlaufe dieser Aktion sind in Bochum der proletarische Freiheitlerbund, der Arbeiter-Geangereiner Freiheit, der Zentralverband der Zimmerer, der Verband der ausgepörrten Bauarbeiter, als Mitglieder der FAH beigetreten.

Die lebendige, praktische Arbeit der FAH läßt immer breitere Massen der Arbeiterschaft erkennen, daß das Hilfswerk proletarischer Solidarität durch die gesamte Arbeiterschaft unterstützt und gefördert werden muß.

Betrieb und Werkstatt

Das neugeborene Kind im Abort. Ein Bild aus deutschen Betrieben.

In Friedland hat am 18. Oktober ein junges Mädchen, das in einer dortigen Fabrik beschäftigt ist, auf dem Abort der Fabrik ein Kind geboren und hat dieses Kind (ein kräftiger Junge) in die Abortgrube geworfen. Nach ungeheurer Schmerzen ging das junge Mädchen wieder zur Arbeit zurück, denn bekanntlich darf man auf einem Fabrik-Abort nicht allzu lange Zeit sein. Die Mitarbeiterinnen des jungen Mädchens merkten ihr die Schmerzen an. Sie gingen auf den Abort und fanden dort die Leiche.

Ein erschütterndes Bild aus der stundenlangen Lage des deutschen Proletariats. Frauen der kapitalistischen Klassen pflegen, werden in Kliniken entbunden, und wenn sie nicht gebären wollen, können sie abtreiben. Proletariatsmädchen und -Frauen schufen Tag ein und Tag aus vom Morgen bis in die Nacht und erhalten am Ende der Woche einen Lohn, bei dem sie allmählich vorhungern können. Proletariatsmädchen gehen bis zur Stunde der Niederkunft an der Arbeitsbank, um dann in ihrer „glücklichsten“ Stunde zur Erkenntnis zu kommen, daß ihr Kind nicht leben darf, weil es verhungern würde. Wie mag es in einem Proletariatsmädchen aussehen, die ihr neugeborenes Kind in eine Abortgrube werfen muß und gezwungen ist, nach fünf Minuten wieder zur Arbeitsbank zurückzuführen?

Seitdem Der ADGB hat auf die Forderungen der Gothaer Arbeiterschaft geantwortet. Er hat geantwortet, daß die Unternehmer ihre helle Freude daran haben. Er hat geantwortet mit einem Schlag ins Gesicht der deutschen Arbeiterschaft.

Von Tag zu Tag verschlechtert sich die Lage der Arbeiterschaft. Die Lebensmittelpreise sind in dauerndem Steigen begriffen. Missetate und in Aussicht stehende Steuererhöhungen werden die Steuervermehrung in den nächsten Wochen noch weiter treiben. Die Unternehmer ergreifen laufend Maßnahmen, um die Lasten der Dawesplan-Erfüllung den Werktätigen auf die Schultern zu laden.

Die Arbeiterschaft fordert eine Erhöhung des Lohnes, die nichts anderes ist als eine Anpassung an die Steuervermehrung. Der ADGB beruft sich bei seiner Befürwortung des Dawesplanes immer auf jene Phrasen der Sachverständigen, daß die deutschen Arbeiter durch die Erfüllung nicht schlechter gestellt sein sollen wie die im Auslande. Nun die Reallohnrate der Arbeiterschaft der übrigen Länder sind um 20, 30 und 40% gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen und die der deutschen, selbst nach amtlicher Statistik weit unter dem Friedensniveau. Die Forderung von 40% bedeutet also noch nicht einmal eine Angleichung an die im Auslande gezahlten Löhne, bedeutet nur einen ersten Schritt zur Wiedergewinnung des Friedensreallohnes.

Mit jählicher Offenheit enthüllt jetzt der ADGB, mit eigener Hand seine Phrasen vom Kampf gegen die Befreiung der Arbeiter als ein elendes Betrugsmandat zur Täuschung der Massen.

Tausendmal hat der Bundesvorstand in den letzten Monaten verkündet, daß die Wiedereinführung des Achtstundentages das nächste Kampfziel der Arbeiterschaft sein müsse. Wiederum beweist der Bundesvorstand mit seiner Stellungnahme gegen die Forderungen der Gothaer Betriebsräte, die die Arbeiterschaft zu konkreten Kampfmaßnahmen für den Achtstundentag aufrufen, daß es ihm mit dem Kampf um den Achtstundentag nicht Ernst ist, sondern daß es ihm nur darauf ankommt, mit seinen Phrasen seine wirklichen Absichten zu verheimlichen.

Aber freilich, der Bundesvorstand ist für „Gerechtigkeit“ für „gerechte“ Verteilung der Lasten. Da es in der kapitalistischen Gesellschaft aber nur gerecht ist, daß den Unternehmern ein „angemessener Gewinn“, der Profit erhalten bleibt, so muß der ADGB, der für Gerechtigkeit und für den Dawesplan ist, den Unternehmern den Profit garantieren. Aber das ist nur möglich, wenn die Arbeiterschaft zahlt. Zählt sie nicht, läßt sie sich die Lasten nicht auf ihre Schultern packen, dann geht der Profit zum Teufel und mit ihm die Gerechtigkeit und die ganze kapitalistische Wirtschaft. Und gerade die ist den Reformisten ein Witzchen rühr mich nicht an. Wenn die „Wirtschaft“ in Ordnung ist, ist der ADGB gewillt alles zu opfern. Hat er vor einem Jahr und in der Folgezeit der Verlängerung der Arbeitszeit zugestimmt und noch eher hat Mehlis, der Blutsbrüder des Bundesvorstandes, in seinem neuen Schiedsspruch für die Rhein-Metallarbeiter erklärt: Weil die „Besserung der Lage der Eisen schaffenden und verarbeitenden Industrie“ (lies des Profits der Unternehmer) nicht eingetreten ist, müssen die Arbeiter weiter zehn Stunden arbeiten.

Der ADGB hat die Verantwortung für die Durchführung des Dawesplanes mit übernommen. Er weiß, was das für Konsequenzen hat. Er weiß, daß jeder ernsthafte Kampf

Der Unternehmer-schreden: Die Betriebszellen-Zeitung



„Schon wieder eine solch verfl... Zeitung und ich habe doch 1000 Mark Belohnung ausgesetzt für den, der mir die Hersteller der letzten Zeitung meldet.“

tariermädchen gehen bis zur Stunde der Niederkunft an der Arbeitsbank, um dann in ihrer „glücklichsten“ Stunde zur Erkenntnis zu kommen, daß ihr Kind nicht leben darf, weil es verhungern würde. Wie mag es in einem Proletariatsmädchen aussehen, die ihr neugeborenes Kind in eine Abortgrube werfen muß und gezwungen ist, nach fünf Minuten wieder zur Arbeitsbank zurückzuführen?

Die kapitalistische Gesellschaft kennt nichts als Profit. Das Mädchen, das ihren Körper auf dem Abort ruinierten mußte, muß, weil der kapitalistische Staat nicht für einen Nachwuchs sorgen kann, jetzt noch in das Gefängnis der niedrigen Löhne werden sich vorheerend am deutschen Proletariat aus. Dieser Fall zeigt trotz des brutalen Grabs der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Lataren der SPD, die die „Segnungen“ der heutigen Zeit durch die Annahme des Sachverständigengutachtens herausgezwungen hat.

der Arbeiterschaft gegen jede weitere Belastung die Durchführung des Dawesplanes gefährden muß. Der ADGB weiß das und er ist willens, alle Konsequenzen seiner Zustimmung zu tragen und der Bourgeoisie bei seiner Durchführung behilflich zu sein. Das heißt der Bourgeoisie den Freispiel zu geben, alle Lasten auf die Arbeiterschaft abzumwälzen.

Die Antwort an Gotha spricht das offen aus. Der Bundesvorstand erklärt sich gegen eine wirkliche Erhöhung der Löhne, um die Lage der Arbeiterschaft zu erleichtern, weil sie die Erfüllungspolitik der Bourgeoisie unmöglich macht. Keinen Kampf um den Achtstundentag aus demselben Grunde. Was der ADGB mit seinem Geschrei für wollte, ist das Stück Papier — die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens — um damit aufzuheben die Arbeiterschaft im Interesse der Bourgeoisie betrügen zu können.

Aber die Erfüllungspolitik verflüchtigt den ADGB nicht nur dazu, den Unternehmern durch seine Passivität freie Hand in der Ausbeutung zu lassen, sondern er muß sich in Reich und Glied mit den Unternehmern stellen, nicht gegen die Arbeiterschaft kämpfen. Nur solange konnte er sich mit seinen Phrasen vom Kampf gegen die Befreiung der Arbeiterschaft maskieren, solange die Arbeiterschaft passiv blieb und keine aktiven Abwehrmaßnahmen gegen die Abwälzung der Lasten auf ihre Schultern unternahm. Die Gothaer Forderungen sind der erste Schritt zum Kampf, die ersten Anzeichen des beginnenden offenen Widerstandes der Arbeiter sind da, der ADGB läßt die Masken fallen. Eine Wendung an die Gothaer Gewerkschaften ist die offene Kampfanlage an die Arbeiterschaft, ist die Antündigung einer verstärkten Scharungsaktion für den Fall, daß es die Organe des ADGB wagen sollten, sich in den Abwehrkampf gegen die neuen Belastungen, in die Kampffront der Arbeiterschaft zu stellen.

Gerade jetzt gebraucht die Bourgeoisie, um den Kampf der Arbeiterschaft gegen den Dawesplan niederzuhalten, die weiße Klassenjustiz, um die revolutionären Klassenkämpfer in die Kerker zu schicken. Die Ober-Republik kann keine Amnestie vertragen, die Tausenden mühtigen, entschlossenen Revolutionären die Freiheit wieder gibt. Der Bundesvorstand versichert in seiner Antwort an Gotha, die vielmehr eine Antwort an die Bourgeoisie darstellt, daß er keine Amnestie will, daß er gewillt ist, der Bourgeoisie die Sondergerichtsbarkeit und den Staatsgerichtshof zu erhalten. Er beilliebt sich, der Bourgeoisie zu erklären, daß er jeden, der solche Forderungen erhebt, aus den Reihen der Gewerkschaften entfernen will. Die Antwort an Gotha beweist, daß der ADGB bereit ist, der Bourgeoisie alle Mittel zu bewilligen, um die Arbeiterschaft wehrlos und an Händen und Füßen geknebelt an sie auszuliefern.

Die Antwort der Arbeiter kann nur lauten: verstärkter, verzehnfachter Kampf für das Gothaer Programm. Die breiteste Mobilisierung der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften muß mit jähher Energie fortgesetzt werden. Aber gleichzeitig, und das ist die wichtigste Lehre aus der Antwort des ADGB, muß der Kampf gegen die reformistischen Führer mit den Lösungen für die Einheit der Gewerkschaften, alle Arbeiter hinein in die freien Gewerkschaften, weitergeführt werden. Die Revolutionierung der Gewerkschaften und die Wiedereinrichtung aller revolutionären Arbeiter in die Verbände ist eine revolutionäre Notwendigkeit, um erfolgreich den Kampf gegen den Londoner Verschwörungspakt führen zu können.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Bei den Consolidierten Zerstörern einer Orben verunglückte ein Klempner und zog sich schwere Kopfverletzungen zu.

Ein 18jähriger Knecht trat in Orsch-Bedern mit dem rechten Fuß in eine Egge. Nach einigen Tagen stellte sich Wundstarrkrampf ein, an dem er verstarb.

Ein bei den Grauwirken in Ströbel beschäftigter Arbeiter wurde aus einem von 30 Meter Höhe aus einem Stützbaum herab auf einen Pflasterstein so unglücklich getroffen, daß er sehr schwer verletzt von der Arbeitsstelle getragen wurde.

Seitern vormittag geriet ein Arbeiter der Stahlfabrik in Striegau mit der rechten Hand in die Kreisäge. Die Hand wurde ihm am Gelenk glatt abgerissen.

In der Rudelsdatter Samstagszeile fürzte eine starke Zonch: dem 18jährigen Arbeiter Gustav Hoffmann mit roter Wuch auf den Kopf. Die Schädeldecke wurde durchschlagen und das Gehirn bloßgelegt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Abgestürzt ist bei Dachdeckerarbeiten in Goldberg der Dachdeckermeister Wache, wobei er sich Knochenbrüche, Kopf- und schwere innere Verletzungen zuzog.

Neuercheinungen der Arbeiterliteratur

Anthony John ist der Held des neuen Romans von Jerome K. Jerome der von Herminia zur Mädchen überlegt wurde und im Felun-Verlag, Frankfurt a. M. erschienen ist.

Das Buch hebt sich in Inhalt, Szenen und Sprache von der Schönliteratur, mit der zuletzt der Büchermarkt überfüllt ist, hervorragend ab. Doch enthält die Einleitung des Herausgebers, Anthony John der Realist, die wir in einem modernen Weltanschauungsroman erwarten. Das Problem der Befreiung des Menschens zu lösen versuchen durch das Beispiel eines Mannes, der selbst proletarischen Wurzeln entstammt, durch Energie und Willenskraft zu Macht, Reichtum und Ehre gelangt, dann auf dem Gipfel seiner Laufbahn angelangt, auf alles freiwillig verzichtet, um das er ein ganzes Leben kämpfte, gemeinsam mit seiner adeligen Frau in eine Proletariatsfamilie, in ein Proletariatsdasein zurückkehrt, hoffend, durch sein „heroisches“ Beispiel die gesamte bürgerliche Klasse zur Nachahmung zu bewegen. Ist sehr romanhaft, immerhin, es ist ein unterhaltendes gutes Buch, das lesenswert und zu empfehlen ist.

